

Die Erde ist noch zu retten

Halbierung des Kohlendioxid-Ausstoßes bis 2050 möglich und auch bezahlbar / Kernkraft bleibt umstritten

Von Patrick Illinger

München – Wissenschaftler halten eine radikale Trendwende beim Klimawandel für machbar. Dies geht aus dem Entwurf des letzten Teils für den UN-Weltklimabericht hervor. Demnach muss der weltweite Kohlendioxid-Ausstoß spätestens von 2020 an abnehmen, wenn die globale Erwärmung bis zum Jahr 2100 auf zwei Grad Celsius beschränkt werden soll. Dafür ist den Forschern zufolge jedoch sofortiges Handeln nötig: Die Menschheit muss auf effizientere und CO-arme Energieformen umsteigen.

Um den Klimawandel beherrschbar zu machen, raten die Wissenschaftler des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) in ihrem Bericht dazu, den weltweiten Kohlendioxid-Ausstoß bis zum Jahr 2050 zu halbieren. Spätestens 2020 müssten die jährlichen Emissionen ihren Höchststand erreichen und danach stetig sinken, um das Zwei-Grad-Ziel zu erreichen. Dieses Ziel hatte unter anderem die EU formuliert. Tatsächlich laufen die Vorschläge des UN-Gremiums dem derzeitigen weltweiten Trend zuwider: Seit der Jahrtausendwende hat die Menschheit jedes Jahr noch mehr CO₂ erzeugt als in den Jahren zuvor.

„Jetzt die Weichen stellen“

Die Kosten für die Umstellung auf effizientere und CO₂-ärmere Energiegewinnung schätzt der IPCC-Bericht deutlich niedriger ein als der Report des Gremiums aus dem Jahr 2001. Der Klimarat beziffert den Preis für die Abkehr vom Kohlendioxid auf etwa ein Prozent der Bruttoinlandsprodukte der nationalen Ökonomien. „Jetzt werden die Weichen gestellt für die kommenden beiden Dekaden“, sagt Ottmar Edenhofer, Chefökonom des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, einer der an dem Bericht beteiligten Autoren. Edenhofer widersprach allerdings Berichten, wonach die Kosten der CO₂-Vermeidung weltweit 16 Billionen Dollar betragen würden. Diese Zahl beziffere die weltweiten Investitionen in Energietechnik zwischen 2001 und 2030, sagte Edenhofer am Donnerstag der *Süddeutschen Zeitung*. Diese Summe sei kein finanzieller Verlust, sondern eine Investition.

Bereits der im Februar erschienene erste Teil des diesjährigen IPCC-Berichts nannte Kohlendioxid aus der Verbrennung fossiler Energieträger als Hauptursache der globalen Erwärmung, weil es Sonnenwärme in der Atmosphäre hält. Der dritte Teil des Klimareports nennt nun ausdrücklich den Verkehr und betont, dessen Treibhausgas-Emissionen seien „schneller gestiegen als in jedem an-



Bedrohter Planet: Eine dramatische Erwärmung der Erdatmosphäre ist nach Aussage der UN-Experten nur noch zu verhindern, wenn die Staatengemeinschaft ihre Energiepolitik radikal und unverzüglich ändert. Foto: dpa

deren Energieverbrauchssektor“, wie *Spiegel Online* berichtete. Drei Viertel davon stoßen Autos aus. Weitere sogenannte Treibhausgase, etwa Methan und Lachgas, entstehen in der Landwirtschaft, deren Anteil am Klimawandel mit etwa zehn Prozent beziffert wird. Mit einem Anteil zwischen zehn und 20 Prozent schlägt dem UN-Gremium zufolge die Abholzung der Wälder zu Buche.

Beteiligte Forscher befürworten den Handel mit CO₂-Emissionsrechten und drängen dazu, international technische

Lösungen zu beschließen und diese national umzusetzen. „Die Steigerung der Effizienz ist dabei eine der wichtigsten Maßnahmen“, sagte Bill Hare, einer der Autoren des IPCC-Berichts. Ob die Kernkraft eine praktikable Alternative zur Erdöl-basierten Energieerzeugung ist, lassen die UN-Wissenschaftler weitgehend offen. Beteiligte Forscher beklagen jedoch, dass kein Konsens über die Nachteile und Kosten der Kernkraft zu erreichen gewesen sei. Um den gesamten Handlungsspielraum zu skizzieren, hätte man

radikalere Szenarien darstellen müssen, war aus Kreisen des IPCC zu hören.

Eine endgültige Zusammenfassung über mehr als 1000 Seiten starken Analyse über Möglichkeiten und Kosten der CO₂-Reduktion werden die UN-Wissenschaftler Anfang Mai in der thailändischen Hauptstadt Bangkok vorstellen. Zuvor wird dieser dritte Teil des diesjährigen IPCC-Berichts noch mit Regierungsvertretern aus aller Welt beraten. Das dürfte nicht ohne Einfluss auf einige der Inhalte des Berichts bleiben. (Seite 4)